

Wirkliche Korrekturen und ein wirklicher Kurswechsel sind unvereinbar mit der Kandidatur Steinbrück

Seit der Ausrufung Peer Steinbrücks zum Spitzenkandidaten der SPD durch das SPD-Führungstrio hat die SPD in den Umfragen an Zustimmung verloren.

Natürlich kann man seine Politik nicht auf Umfrageergebnisse aufbauen. Aber niemand – und erst Recht nicht die SPD-Mitglieder – gehen davon aus, dass Steinbrück die Millionen ArbeitnehmerwählerInnen, die der SPD wegen der Agenda-Politik in allen letzten Wahlen ihre Stimme verweigert haben, wieder für einen Wahlsieg der SPD mobilisieren kann.

Steinbrück, der an der Agenda-Politik festhält, an der Rente mit 67; der dafür gesorgt hat, dass Merkel gestützt auf ein Ja der Mehrheit der SPD-Fraktion im Bundestag die zwei europäischen Verträge, ESM und Fiskalpakt, durchsetzen konnte, und der sich konsequent für die Politik der beiden Verträge einsetzt, d.h. für Sparpolitik, Schuldenbremse und Ausweitung der Niedriglöhne, wird von der Mehrheit der SPD-Mitglieder, wie der Arbeitnehmer und GewerkschaftskollegInnen entschieden abgelehnt.

Sie wollen den Kurswechsel: es muss Schluss sein mit Schuldenbremse und Kaputtsparpolitik. Sie wollen zumindest überzeugende Korrekturen vor allem in der Renten- und der Arbeitsmarktpolitik: Stopp der Auslieferung immer breiterer Schichten an die Altersarmut, an Lohndumping und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Unter diesem Druck bemüht sich die SPD-Führung über die Zulassung einiger kosmetischer Korrekturen den wirklichen Inhalt der Kandidatur Steinbrücks zu verhüllen. Dafür müssen die von der SPD-Basis eingeforderten Korrekturen so glattgebügelt werden, dass sie mit der Kandidatur Steinbrücks vereinbar bleiben und später den Zwängen der „Regierungsrealität“ geopfert werden können.

Das haben zuletzt die Berliner GenossInnen erfahren müssen, die auf ihrem Landesparteitag mit ihrem Beschluss zur Rente „auf Gegenkurs zur Bundespartei und Kanzlerkandidat Steinbrück“ gehen (Tagespiegel). Zwar gehen sie keineswegs so weit, für eine generelle Aufhebung der Rentenkürzungen einzutreten, aber sie wollen es, jede (!) weitere Absenkung des Rentenniveaus abzulehnen und die Aussetzung der Rente mit 67 zu fordern. Diese Position wurde von dem SPD-Führungstrio bisher immer als politisch falsch und nicht finanzierbar abgelehnt.

Sofort sprang Hannelore Kraft, SPD-Ministerpräsidentin von NRW in die Bresche. Sie ließ vom Landesparteierrat NRW (kleiner Parteitag) ein Rentenkonzept

beschließen, wonach das momentane Rentenniveau von etwas über 50% nach 2020 „überprüft“ werden soll.

Verbunden mit der Warnung vor „falschen Versprechungen“ lobte Gabriel den Vorstoß von Kraft: „Damit sind wir auf einem guten Weg“. Auf dem Konvent der SPD am 24. November erwartet er eine Zustimmung von 90%. Doch um ja keine falschen Hoffnungen zu schüren, erläutert er den Beschluss: „Aber wir müssen prüfen, ob wir guten Gewissens versprechen können, dass die Kosten dafür verantwortbar sind“. Und Steinbrück sekundiert: Man dürfe nichts versprechen, was nach der Wahl nicht umzusetzen sei. (zit. nach ZEIT ONLINE).

Auch aus den Gewerkschaften wird die Forderung nach einem Kurswechsel erhoben: z.B. in der Arbeitsmarktpolitik, wobei das Bemühen der Gewerkschaftsführung deutlich wird, nicht die Vereinbarkeit mit Steinbrück infrage zu stellen. So beschränken sie sich unter der Losung der „Guten Arbeit“ auf die Einforderung des Mindestlohns, den auch Steinbrück verspricht – und verzichten auf die Forderung nach der Wiederherstellung der Allgemeinverbindlichkeit der gewerkschaftlichen Flächentarifverträge. In der Konsequenz heißt das nichts anderes, als Steinbrücks Agenda-Politik zu begleiten, die über Mindestlöhne als Billigmindesttarif die Zersetzung der Flächentarifverträge zementiert.

Und wenn die Gewerkschaften es bei der Forderung nach Aussetzung der Rente mit 67 belassen und auf die Forderung nach Rücknahme der Rentenkürzungen, die immer mehr Menschen in die Altersarmut stoßen, verzichten, kann das nur so verstanden werden, dass sie Steinbrück nicht zu sehr bloß stellen wollen. „Wir wollen ... den Spielraum für Befreiheit aller Art etwas einschränken“, so denn auch das Motto des ver.di Chefs Bsirske. Während Bsirske auf den Politwechsel durch Steinbrück und die SPD in der nächsten Regierung setzt, berichtet er von Kämpfen für wirkliche Korrekturen der Agenda-Politik: Von den KollegInnen beim Callcenter der Sparkassen in Halle, die seit 100 Tagen gegen den Armutslohn von 7,38 Euro streiken und von dem Arbeitskampf der Beschäftigten des Krankenhauses auf Sylt für einen Tarifvertrag.

Und alle, die SPD-Linke wie die Gewerkschaftsführungen, schweigen tot, dass sich Steinbrück und die SPD-Führung mit ihrer Zustimmung zu den neuen europäischen Verträgen ein unmissverständliches Programm gegeben haben, dass sie gegen alle Widerstände umsetzen wollen. Es ist das Programm, dass von diesen

Verträgen allen Regierungen in Europa diktiert wird und unter dessen Druck sie heute schon stehen: Milliardenflutungen über immer neue Rettungspakete für Banken und Spekulanten, wie z.B. die bevorstehende weitere Plünderung der öffentlichen Haushalte zur Bedienung der Gläubigerbanken durch ein neues Griechenlandpaket – und im Namen der Schuldenbremse eine Kaputtsparpolitik, noch verschärft durch den Fiskalpakt, soziale Demontage, Lohndumping und Prekarisierung für die Völker und Arbeitnehmer.

Der Kandidat Steinbrück hat die Aufgabe, die SPD auf die „harte Realität der Regierungsarbeit“, von der er gern spricht, vorzubereiten und missbraucht dafür diejenigen, die im Namen von „Korrekturen“ und „Politwechsel“ Stimmen holen sollen. Auf der Tagesordnung dieser Regierung werden nicht einmal auch nur halbherzige „Korrekturen“ an der Agenda-Politik stehen.

Wirkliche Korrekturen und ein wirklicher Kurswechsel sind unvereinbar mit Steinbrück, seiner Super-Agenda-Politik und dem politischen Druck der europäischen Verträge. Sie müssen durch den vereinten Kampf der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen gegen diese Politik und im Bruch mit ESM und Fiskalpakt durchgesetzt werden.

In einem Offenen Brief an die Delegierten des Berliner SPD-Landesparteitags haben sich GewerkschaftskollegInnen, politisch Engagierte und SozialdemokratInnen zu Wort gemeldet:

„Wir wenden uns deshalb an Euch, die Mitglieder der SPD, Peer Steinbrück darf nicht Spitzenkandidat der SPD für die Bundestagswahl 2013 werden.“

ArbeitnehmerInnen und Jugend und auch SozialdemokratInnen, davon sind wir überzeugt, wollen und brauchen Kandidaten, die sich auf den Bruch mit der Agenda-Politik und ihrer weiteren Verschärfung durch die zwei neuen europäischen Verträge verpflichten, die sich auf die Verteidigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen und Jugend, auf die Verteidigung und Wiederherstellung des Sozialstaats und der Demokratie und damit auf die traditionellen Werte verpflichten, für die die sozialdemokratische Partei Deutschlands vor über 150 Jahren von der Arbeiterbewegung aufgebaut wurde.“

Sie werden ihren Platz einnehmen in der Vorbereitung der Nationalen Konferenz am 26. Januar, um ihre Erfahrungen mit KollegInnen aus ganz Deutschland, die in demselben Kampf stehen, auszutauschen.

Carla Boulboulé